

Kay Müller

Herr Professor Buggeln, viele Menschen in Schleswig-Holstein beobachten einen Rechtsruck in der deutschen Gesellschaft – wo sehen Sie Parallelen zum Ende der Weimarer Republik?

Aus schleswig-holsteiner Sicht fallen mir da als Erstes aus aktuellem Anlass die Bauernproteste ein. Zu Beginn der 30er Jahre gab es im Norden eine starke Landvolk-Bewegung, die sich mit Übergriffen auf Steuerbehörden und Terroranschlägen sehr radikalisiert und mit dazu beigetragen hat, dass die Nationalsozialisten in Schleswig-Holstein stärkste Partei werden konnten. Auch heute ist Schleswig-Holstein noch ein in Teilen agrarisch geprägtes Land und es gibt gewisse Ähnlichkeiten in der wirtschaftlichen Lage.

Sie spielen darauf an, dass auch heute Landwirte wieder mit der Landvolk-Fahne durch die Gegend fahren. Ist das Zeichen bewusst gesetzt oder geschieht das auch aus Unwissenheit, mit welchen Flaggen man sich da schmückt?

Ich gehe nicht von Dummheit aus, sondern davon, dass die Leute ihre Symbole bewusst wählen. Sie suchen einen Anschluss, und das zeigt für mich eine gewisse Bereitschaft zur Radikalität. Die Landvolk-Bewegung wurde damals von einer rechtsextremen Partei genutzt, um Wahlerfolge zu erzielen. Das wird auch heute wieder versucht.

„Ökonomisch war der Nationalsozialismus ein Elitenstaat, von dem vor allem die oberen ein Prozent profitiert haben.“

Aber die Lage des Bauern ist doch heute eine andere als in den 30er-Jahren?

Ja, aber auch heute haben kleinere Betriebe wenig Chancen, ohne Subventionen zu überleben – in einer vom Weltmarkt beherrschten Lage. Und wenn der Staat dann Subventionen oder Steuererleichterungen zurückfährt, kommt es zu gut organisierten Protesten. Diese sind ja nicht per se problematisch, sondern in einer Demokratie ein höchst legitimes Mittel. Es ist nur die Frage, ob und wann sie in eine Radikalisierung umkippen. Und die kann einsetzen, wenn die Menschen an der Kompetenz des Staates zweifeln, die eigene Existenz zu unterstützen. Dann wird es gefährlich für die Demokratie.

Und den Zweifel am Staat sehen Sie auch heute?

In Teilen ja. Bei den Demonstrationen ist zu sehen, dass die Ampel an Galgen hängt, dass die gesamte politische Klasse als unfähig



„Es droht der Rückfall in ein diktatorisches System“

Der Historiker Marc Buggeln von der Universität Flensburg über die Parallelen der Weimarer Republik zur heutigen Zeit

Da deuteten die Zeichen schon auf das Ende der Weimarer Republik hin: Aufmarsch der Gruppe Nord der SA (Sturmabteilung) der NSDAP vor Adolf Hitler in Braunschweig am 18. Oktober 1931. Foto: Fotoarchiv für Zeitgeschichte

hig dargestellt wird. Einige Menschen haben offenbar schon in der Pandemie den Glauben daran verloren, dass sie eine Wahl haben und die Regierung im Sinne der Mehrheit im Land handelt, und das setzt sich jetzt in anderen Dimensionen fort. Dabei unterschätzen die Leute, dass Rechtsradikalismus ihnen wenig bringt.

Woran machen Sie das fest?

Die Nazis haben die Bauern benutzt, aber wenig für sie getan. Die Landwirtschaft ist in den späten 30er-Jahren nicht viel profitabler geworden. Und die Landflucht hat im Dritten Reich sogar noch zugenommen.

Die Bauern haben ihre Arbeitskräfte erst an besser bezahlte Jobs in der Rüstungsindustrie und dann durch die Wehrmacht verloren – und am Ende mussten sie selbst in den Krieg und ihre Frauen haben die Höfe mit Zwangsarbeitern bewirtschaftet. Ökonomisch war der Nationalsozialismus ein Elitenstaat, von dem vor allem die oberen ein Prozent profitiert haben. Da finde ich es schon verwunderlich, dass manche Bauern an Symbole anknüpfen, mit denen so etwas einmal angefangen hat.

Sehen Sie noch andere Anknüpfungspunkte der Gesellschaft an völkisches Gedankengut?

Bei der AfD auf jeden Fall, und die wird ja nicht allein von Bauern gewählt. Das völkische Gedankengut, der übersteigerte Nationalismus knüpft ganz klar an den Nationalsozialismus an. Und diese Tendenzen verstärken sich noch stärker als damals in eigenen Echokammern.

Aber auch in den 30er-Jahren gab es doch schon klare Abgrenzungen: Jede Partei hatte ihre Lokale, ihre Symbole, ihre Zeitung...

...ja, aber mit den sozialen Medien haben wir nochmal eine ganz andere Form der Mobilisierung und Emotionalisierung. Dort können Fake News in viel breiterem Maße und viel schneller verbreitet werden.

Gegen Ende der Weimarer Republik hat es vor allem eine Radikalisierung des Bürgertums gegeben – beobachten Sie das heute auch?

Ja. Es gibt eine politikwissenschaftliche Arbeit, die sich mit dem Gedankengut von AfD-Anhängern aus Baden-Württemberg beschäftigt. Die sind größtenteils bürgerlich und wohlhabend, haben aber auch apokalyptisch und verschwörungstheoretisch aufgeladene Vorstellungen. Diese Menschen steigen aus der Gesellschaft aus, weil sie glauben, dass sie zugrunde geht – und sehen sich selbst als Teil einer neuen Elite, die nach dem vermuteten Zusammenbruch die Herrschaft übernehmen will.

Aber gegen Ende der Weimarer Republik gab es doch viel mehr Gewalt, fast bürgerkriegsähnliche Zustände. Die gibt es jetzt nicht.

Noch nicht, und ich hoffe auch nicht, dass wir sie erleben müssen. Als Historiker bin ich vorsichtig mit Prognosen für die Zukunft. Ich hätte mir vor zehn Jahren auch nicht vorstellen können, dass wir in Deutschland eine in Tendenzen rechtsextreme Partei haben, die so viele Stimmen bekommt.

Am Ende der Weimarer Republik hatten die Parteien der extremen Rechten und Linken zusammen eine Mehrheit. Wenn wir jetzt auf die anstehenden Landtagswahlen in Ostdeutschland gucken, könnte das wieder so sein. Und das erste Mal seit Kriegsende könnte eine rechtsextreme Partei an die Regierung kommen – und sei es auch nur als Juniorpartner. Wie beurteilen Sie eine mögliche Koalition der CDU mit der AfD?

„Da finde ich es schon verwunderlich, dass manche Bauern an Symbole anknüpfen, mit denen so etwas einmal angefangen hat.“

Das wäre eine Katastrophe, weil es die Akzeptanz der AfD erheblich steigern würde. Und die AfD würde zuerst vermutlich sehr vorsichtig agieren. Das haben die Nationalsozialisten 1932 in Sachsen auch so gemacht. Sie haben keine Politik betrieben, die ganz klar verfassungsfeindlich war, so dass die Zentralregierung nicht eingreifen konnte.

Aber anders als gegen Ende der Weimarer Republik gibt es gerade massive Demonstrationen zum Schutz der Demokratie...

...und die machen mir Hoffnung. In der Weimarer Republik gab es auch Demonstrationen, aber die hatten oft andere Ziele.

Also ist Berlin doch nicht Weimar?

In vielen Punkten ist das so – etwa im außenpolitischen Bereich, in dem Deutschland heute ganz anders dasteht als 1932. Aber im innenpolitischen Bereich gibt es eben einige vergleichbare Entwicklungen neben den bedeutenden Unterschieden.

Ist die Demokratie wehrhafter als 1932?

Vor zehn Jahren hätte ich auf jeden Fall „ja“ gesagt. Heute bin ich mir da nicht mehr so sicher. Es hängt davon ab, wie sich die Bürger entscheiden und wie sie den Staat verstehen. Und ob sie das Gefühl haben, dass sie sich in der Demokratie nicht mehr wiederfinden und fürchten, dass ihre Stimme nichts mehr zählt. Dann droht der Rückfall in ein diktatorisches System.

FACHMANN FÜR SOZIALGESCHICHTE

Historiker in Flensburg und Schleswig

Marc Buggeln (52) hat von 1991 bis 2000 Geschichte und Kulturwissenschaft an der Universität Bremen studiert. Nach der Erstellung verschiedener Gedenkstättenkonzepte hat er 2008 mit einer Arbeit zum „Außenlagersystem des KZ Neuengamme“ promoviert. Von 2009 bis 2016 war Buggeln wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Geschichtswissenschaften der Humboldt-Universität Berlin.

Im Jahr 2019 hat er über „Das Versprechen der Gleichheit. Steuern und soziale Ungleichheit in Deutschland von 1871 bis heute“ habilitiert und war Gastdozent



Sieht die Gefahr eines Rechtsrucks: Marc Buggeln. Foto: Michael Staudt

an der Universität Cambridge, 2022 hat er die Professur für „Neuere Sozial-, Wirtschafts- und Technikgeschichte“ an der Helmut-Schmidt-Universität/Universität der Bundeswehr Hamburg vertreten.

Von Oktober 2022 bis Juni 2023 war Buggeln wissenschaftlicher Mitarbeiter am Friedrich-Meinecke-Institut der Freien Universität Berlin und ist seit Juli 2023 Professor für regionale Zeitgeschichte und Public History an der Universität Flensburg und Direktor der Forschungsstelle für regionale Zeitgeschichte und Public History in Schleswig. ky